

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Abg. Gabriele Triebel

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Oskar Atzinger

Abg. Doris Rauscher

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Bericht: Warum stockt der Ganztagsausbau in Bayern? (Drs. 18/25938)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Ich erteile Herrn Kollegen Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion das Wort.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Warum stockt der Ganztagsausbau in Bayern? Das wollen wir durch diesen Berichtsantrag erfahren. Nach den normalen parlamentarischen Gepflogenheiten wäre es eine Selbstverständlichkeit gewesen, dem zuzustimmen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Gerade deshalb macht es mich skeptisch, warum man diesen Antrag abgelehnt hat. Was ist der Grund, warum man dem nicht zustimmen kann?

Das Thema Ganztagsausbau ist ein ganz relevantes, weil wir den Rechtsanspruch ab 2026 gerade im Grundschulbereich haben werden. Wir müssen uns also wirklich Gedanken machen, wie wir uns darauf vorbereiten können. – Das sollte übrigens auch Sie interessieren, liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, weil Sie den Kultusminister stellen.

Wenn wir jetzt die Zahlen betrachten, die Ende vergangenen Jahres bundesweit erhoben worden sind, dann müssen wir leider feststellen: Bayern hat 81 % der Bundesmittel – 81 %! – nicht abgerufen. Das ist – ich sage das, um die Bedeutung dieser Zahl zu verdeutlichen – kein Pappenstiel. Über 94 Millionen Euro Steuergeld, die Bayern zur Verfügung gestanden hätten, sind jetzt weg, das heißt, sie werden jetzt bundesweit neu verteilt, an andere Bundesländer.

Sie von der CSU regen sich doch regelmäßig über den Länderfinanzausgleich auf und verweisen darauf, wie viele Millionen dafür abfließen. Aber an dieser Stelle geben Sie das Geld freiwillig her? Das ist aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar.

Wenn wir uns andere Bundesländer anschauen und fragen, ob der Grund vielleicht ein spezielles Problem mit diesem Förderprogramm war, kommen wir zu dem Ergebnis: Nein! Andere Bundesländer wie Bremen, Hamburg, Baden-Württemberg, das Saarland und Sachsen-Anhalt haben über 98 % der Mittel abgerufen. Das heißt, in Bayern ist offensichtlich irgendetwas faul. Deswegen ist es berechtigt – gerade jetzt, nach Vorliegen der finalen, endgültigen Zahlen zu diesem Förderprogramm –, hier nachzufragen, was damit ist. Wir müssen diese neuen Informationen hinterfragen und überlegen, was die Lösung sein könnte.

Gerade von Ihnen von der Koalition hätte ich mehr erwartet als die Antwort: Die Kommunen sind schuld. Sie haben es halt nicht abgerufen. Wir haben es ihnen lange genug angeboten. Vielleicht hätten wir es noch ein paar Monate länger anbieten können.

Das kann doch nicht die Erklärung sein! Sie von den FREIEN WÄHLERN und der CSU behaupten ja immer, so nahe an den Kommunen zu sein. Dann müssten Sie es doch genau wissen. Erklären Sie es uns doch! Sie können doch einfach diesem Berichtsantrag zustimmen und warten, bis die Antwort kommt. Mich interessiert es wirklich. Ich habe natürlich eine Vermutung. Wenn ich immer höre, Bayern sei Familienland Nummer eins, dann aber sehe, dass wir Ganztagsförderungsland Nummer 16 sind, dann stimmt doch irgendetwas nicht.

Damit bin ich bei Fragenkomplex Nummer zwei. Es kann ja sein, dass es nicht nur am Programm des Bundes lag, sondern dass wir in Bayern so toll sind und noch viele andere, eigene Mittel hineinstecken, um den Ganztagsausbau zu fördern. Auch diesen Teil unseres Berichtsantrags, der sich den Fragen widmet, wo wir in Bayern beim Ganztagsausbau stehen und wie wir diesen weiterentwickeln können, wollen Sie also nicht

unterstützen. Das ist bezeichnend. Wenn Sie doch so viele Erfolge errungen haben, dann kann die Staatsregierung doch antworten, dass wir Nummer eins sind.

Ich frage mich auch, warum Sie den dritten Teil dieses Berichtsantrags, der sich um die Entwicklung der Förderkulisse dreht, nicht unterstützen. Das ist der entscheidende Punkt. Ich habe gestern im Gemeinderat die Eckpunkte – Ende des vergangenen Monats ist ein Eckpunktepapier zur Ganztagsförderung herausgekommen; ich glaube, das war schon die dritte Überarbeitung – vorgelegt und gefragt, ob wir die Ganztagsplätze ausbauen wollen. Die anderen Gemeinderatsmitglieder haben geantwortet: Jetzt ist erst einmal gut. Endlich ist die Förderung der verlängerten Mittagsbetreuung im Rahmen des Rechtsanspruchs zuerkannt worden. – Darum haben die Gemeinden übrigens lange gebettelt.

Das Problem ist eigentlich, dass wir nicht nur die Investitionskosten haben, sondern auch den laufenden Betrieb sichern müssen. Das ist eben das Thema.

Früher waren für eine Gruppe 6.500 Mark vorgesehen – Mark! Heute sind es 3.323 Euro. Die Inflation ist also in der Berechnung der Kosten für die Mittagsbetreuung in den vergangenen Jahren nicht wirklich berücksichtigt worden; die Mittel wurden nicht erhöht. Dadurch entstehen Probleme. Das sagt nicht nur mein Gemeinderat. Das sagen auch – ich verweise auf den offenen Brief vom 22. März; ich bin gespannt, wann die Antwort kommt – die Freie Wohlfahrtspflege Bayern, der Bayerische Jugendring und die LAG Jugendsozialarbeit; auch sie klagen über zu niedrige Fördersätze. Um 100 % müssten sie allein für die Mittagsbetreuung erhöht werden, um über 30 % für den offenen Ganztags. Insoweit liegt vieles im Argen.

Erklären Sie uns, woran es liegt! Wenn Sie es auch wissen wollen, dann stimmen Sie zu. Wenn Sie glauben, wir hätten nicht recht, dann belehren Sie uns eines Besseren. Stimmen Sie zu! Beim Ganztags müssen wir auf jeden Fall über Quantität reden, aber auch über Qualität. Deswegen bitte ich noch einmal um Unterstützung.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Vor der nächsten Rednerin gebe ich bekannt, dass die AfD-Fraktion für den nächsten Tagesordnungspunkt, konkret: Tagesordnungspunkt 14, namentliche Abstimmung beantragt hat.

Das Wort hat nun Frau Kollegin Gudrun Brendel-Fischer von der CSU-Fraktion.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag befasst sich im Wesentlichen mit genau den Fragen, die bereits mehrmals erörtert bzw. beantwortet wurden, und zwar sowohl im sozialpolitischen als auch im Bildungsausschuss. Zudem liegt seit Ende März ein Infoblatt der Staatsregierung vor, das auch den Abgeordneten übermittelt wurde.

Dass von den Beschleunigungsmitteln – das waren 750 Millionen Euro von insgesamt 3,5 Milliarden Euro, die der Bund zur Verfügung stellt – weniger abgerufen wurde, als wir uns das vielleicht gewünscht hätten, steht außer Frage. Das gilt aber auch für andere Bundesländer, für die einen mehr, für die anderen weniger.

Fakt ist, dass die Kommunen über diese Fördermöglichkeit rechtzeitig informiert wurden; dazu habe ich hier vor Kurzem schon ausführen dürfen. Bayern hat nichts verschlafen.

Fakt ist auch, dass es letztlich die enge Fristsetzung des Bundes war, die den schwachen Mittelabfluss maßgeblich verursacht hat.

Natürlich haben Sie recht, wenn Sie sagen: Den anderen Bundesländern war der Zeitraum wohl nicht zu kurz. – Fakt ist aber auch, dass Bayern mit bestimmten Förderprogrammen in Vorleistung gegangen war und der Aufbau bzw. Zubau von Plätzen hier bereits vonstattengegangen ist.

Auch das möchte ich klar sagen: Wir in Bayern hatten natürlich auch, bedingt durch die Pandemie und den Ukrainekrieg, eine Verunsicherung, sodass sich die Kommunen, das heißt die Gemeinderäte, nicht unbedingt mit größeren Geldausgaben beschäftigt haben. Bayern hatte vielleicht auch ein größeres Problem dadurch, dass Fir-

men für die Umsetzung nicht zur Verfügung standen bzw. die Pläne nicht in Gang gesetzt werden konnten. Daher möchte ich unsere Kommunen nicht beschimpfen – um Gottes willen! –, sondern in Schutz nehmen. Zudem waren schon andere, bayerische Förderprogramme genutzt worden.

Es dauerte auch lange, bis die Bund-Länder-Vereinbarung ausgehandelt war. Bayern hatte sie im Oktober 2020 unterzeichnet; aber erst am 28. Dezember waren alle Bundesländer komplett dabei. Die Bundesmittel wurden in voller Höhe – über eine bayerische Förderrichtlinie vom 23. Februar 2021 – den kommunalen Schulaufwandsträgern öffentlicher Schulen, den kommunalen Trägern der Mittagsbetreuung usw. zur Verfügung gestellt.

Leider ließ der Bund eine Verlängerung der Beantragungsfrist nicht zu, obwohl dies von Bayern mehrmals angemahnt worden war.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

– Um ein Jahr hatte er die Verausgabungsfrist verlängert, aber nicht die Beantragungsfrist. Auch das war ein Problem; denn darauf haben sich die Kommunen natürlich erst einmal gestürzt. Weder die damalige Bundesministerin Giffey noch ihre Nachfolgerin haben sich damit befasst.

Der Vorstoß der bayerischen Sozialministerin vom Mai 2022 zielte darauf, die Deadline für die Verausgabung der Mittel auf Ende 2023 festzusetzen. Auch das fand kein Gehör; die Verausgabung musste bis Ende 2022 erfolgen.

Jetzt zur Förderkulisse: Die Kommunen sind natürlich gefordert, dranzubleiben; die Staatsregierung muss sie dabei intensiv begleiten; ich verweise auf die Steuerungsgruppe der beiden Häuser, des Sozial- und des Kultusministeriums. Wir haben immer gesagt: Wir finden es gut, dass beide Ressorts hierfür zuständig sind. – Aber sie müssen natürlich gut zusammenarbeiten.

Für die konkrete Umsetzung des Rechtsanspruchs sind die Kommunen gefordert. Auch unseren Bürgermeistern und den übrigen kommunal Verantwortlichen muss also klar sein, dass sie insoweit in die Gänge kommen müssen. Dem Freistaat stünden an sich noch 460 Millionen Euro zur Verfügung. Die Restmittel, also die Mittel, die von den Beschleunigungsmitteln noch übrig waren, sind nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt worden. Ein Teil davon ist also auch Bayern zugeordnet worden, sodass es noch einmal 32 Millionen Euro für uns gibt. Aber auch diese Mittel müssen bis Ende 2026 gebunden und bis Ende 2027 verausgabt sein.

Daher ist es zwar so, dass wir hier keine Panik machen dürfen – wie es die Opposition gern macht. Aber wir alle miteinander sind doch aufgefordert, unsere Bürgermeister, unsere kommunal Verantwortlichen auf die Fristen aufmerksam zu machen und sie anzuschieben, sodass sie starten.

Was die Investitionskostenförderung angeht, so sind die Zahlen bekannt: 6.000 Euro pro Platz in Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe, 4.500 Euro pro Platz in einer Kombi-Einrichtung – wir haben ja die Möglichkeit der Ganztagsbetreuung in Kooperation zwischen Trägern und Kommunen neu geschaffen – und 4.500 Euro pro Platz in Angeboten unter Schulaufsicht. Das sind bisher die mehreren. Die meisten der Kinder, die momentan bereits in einer Ganztagsversorgung stecken, sind also im schulischen Kontext untergebracht.

Der Bayerische Ministerrat hat am 20. Dezember des letzten Jahres die Eckpunkte für das "Landesförderprogramm Ganztagsausbau" beschlossen. Bayern hat im Übrigen die zweite Verwaltungsvereinbarung kurz nach der Fertigstellung im Bund unterschrieben. Das gelingt im Übrigen nicht allen Bundesländern immer zeitnah. Wir sind nicht immer die Letzten, auch wenn das hier immer gerne so dargestellt wird.

Damit die bayerische Richtlinie nun auch rasch zum Laufen kommen kann, wird jetzt bereits vorbereitet und innerhalb der Staatsregierung alles mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt und dem Bund der Plan für die konkrete Umsetzung vorge-

legt. Die Kommunen haben jetzt die Möglichkeit – und mehrere Kommunen haben das bereits getan –, Unbedenklichkeitsbescheinigungen zu beantragen, die ihnen erlauben, mit der Maßnahme zu beginnen, ohne dadurch die Zusatzförderung zu gefährden. Auch das war wichtig.

Was jetzt noch wichtig ist: Alle Beteiligten sind informiert. Es kann also niemand sagen, er weiß nichts von diesem Förderszenario. Ich darf Sie alle noch einmal bitten, damit die Basismittel des Programms auch weiterhin gut genutzt werden, alle die Werbetrömmel zu rühren, statt uns immer nur den Vorwurf zu machen, dass hier etwas schief läuft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gabriele Triebel von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Je später der Abend, desto wichtiger scheinen die Themen zu werden, die auf der Tagesordnung stehen. Heute sprechen wir einmal mehr über den Ganztagsausbau. Der vorliegende Berichtsantrag hat das Ziel, herauszufinden, wieso in Bayern – Herr Kollege Fischbach hat es erklärt – nur knapp 20 % des ersten Investitionsprogramms des Bundes für den Ganztagsausbau abgerufen worden sind. Es geht also nicht darum, anzuklagen oder Asche auf das Haupt einiger Minister*innen zu streuen oder zu fordern. Nein, die Opposition will und muss einfach wissen, woran es in der Staatsregierung gehakt hat, weshalb die vom Bund bereitgestellten Mittel nur zu so einem geringen Anteil abgerufen und genutzt wurden.

Die Erklärung, dass Sie von der CSU davon nichts gewusst hätten, fällt schon einmal weg; denn Sie waren selbst noch Teil der Bundesregierung, als die Bundesmittel beschlossen wurden. Ich frage Sie also, und diese Antwort haben Sie uns leider immer noch nicht gegeben, Frau Kollegin Brendel-Fischer: Was sind denn wirklich die Gründe dafür, dass die meisten bayerischen Kommunen von diesem Programm nichts ge-

wusst haben? Wenn Sie in die Schulen gehen – ich weiß nicht, in wie vielen Schulen ich war –, dann stellen Sie fest, dort haben erstens die Schulleiter und zweitens die entsprechenden Sachaufwandsträger von diesem Programm überhaupt nichts gewusst.

Zudem gibt es bei diesem Programm bzw. überhaupt im Ganzttag noch ganz andere drängende Fragen, die im Raum stehen und die bearbeitet und beantwortet werden müssen. Warum bewerben Sie die neue Ausbildung zur Ganztagsfachkraft denn nicht richtig? Wieso machen Sie das nur so halbherzig, dass draußen eigentlich kaum jemand weiß, hier gibt es eine neue Ausbildung? Warum haben Sie den kooperativen Ganzttag nicht schon längst in die Fläche gebracht? Das ist doch das von Ihnen präferierte Modell, nicht wahr? Warum haben Sie immer noch kein Ausführungsgesetz vorgelegt, das die Rahmenbedingungen vor allem in qualitativer Hinsicht für den Ganzttag in Bayern setzt?

Als Mitglied dieses Landtags sind das für mich eklatante Versäumnisse, Versäumnisse, die fast schon den Geschmack von Arbeitsverweigerung haben – eine Arbeitsverweigerung, die auf Kosten unserer Kinder geht und auf dem Rücken von Familien und vor allem von Frauen ausgetragen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Wir und auch Sie wissen, dass ein guter Ganzttag mehr Chancengerechtigkeit bringt. Ein guter Ganzttag ist ein wichtiger Baustein in einer guten Familien- und Frauenpolitik. Es ist mir schleierhaft, warum Sie genau dieses Potenzial des guten Ganztags nicht umsetzen und überhaupt nicht erkannt haben, warum Sie diese Chance nicht ergreifen und alles Notwendige dafür beherzt zum Wohle der Kinder und der Familien in Bayern umsetzen. Oder ist ein Rollback in unserer Gesellschaft tatsächlich Teil Ihrer Philosophie? – Wir alle wissen, dass fehlende Ganztagsplätze vor allem Frauen dazu bringen, aus der Erwerbstätigkeit auszusteigen. Fehlende Ganztagsplätze – und die

riskieren wir gerade – werden zulasten der Frauen gehen. Das können wir so nicht hinnehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Damit riskieren Sie gerade für die Familien ein finanzielles Desaster, die auf zwei Gehälter angewiesen sind. Sie verwehren Kindern mehr Chancengerechtigkeit. Eine derart rückwärtsgewandte Familien- und Frauenpolitik hat Bayern einfach nicht verdient. Das muss ich hier sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und eines muss ich Ihnen auch noch sagen: Die mehr als 90 Millionen Euro, die Bayern aufgrund der Versäumnisse der Staatsregierung an den Bund zurückgeben musste, werden gar nichts sein im Vergleich zu dem gesellschaftlichen Schaden, den Sie anrichten, wenn Sie in Sachen Ganztag nicht aufwachen und endlich die Ärmel hochkrepeln.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun Herr Kollege Tobias Gotthardt von der Fraktion der FREIEN WÄHLERN.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal zu Herrn Kollegen Fischbach. Wenn er sich jetzt wieder einmal darüber aufregt und sich darüber echauffiert, dass wir im Ausschuss seinen Berichtsantrag abgelehnt haben, so möchte ich Folgendes sagen: Wir tun das tatsächlich selten, Herr Kollege Fischbach. Aber, ganz ehrlich, Herr Kollege Fischbach, wir haben allein in unserem Ausschuss im letzten Jahr viermal die Kolleginnen des Kultusministeriums und des Sozialministeriums lange, lange Zeit für einen Austausch gehabt, bei dem Sie alle Fragen stellen konnten. Sie konnten alle Fragen stellen, und alle Fragen wurden beantwortet. Dann ist doch ein solcher Antrag, wie Sie ihn hier ge-

stellt haben, eine Doppelarbeit, die Sie verursachen, die es nicht braucht und die wir vollkommen zu Recht abgelehnt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zu allen anderen Kolleginnen und Kollegen der Opposition, die hier wieder geschimpft und die übelsten Bilder des Ganztags in Bayern gemalt haben: Ganz ehrlich, ich sagen Ihnen eines: Ja, der Ganzttag und das in Berlin beschlossene Recht auf Ganzttag ab 2026 sind eine Herausforderung. Wir befinden uns auf einer Baustelle. Aber während wir, die wir aus der Regierungskoalition kommen, auf dieser Baustelle arbeiten, sind Sie diejenigen, die am Rand der Baustelle stehen und uns vorwerfen, dass wir dreckige Hände haben, aber das Dach noch nicht drauf ist, obwohl wir arbeiten. Wir arbeiten für den Ganzttag in Bayern, ihr steht am Rand und schimpft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Und dann kommt immer dieser Vorwurf, wir hätten in Bayern nicht den Ganzttag: Wir haben den Ganzttag in Bayern. Ich weiß nicht, mit wem ihr redet, aber wenn ihr mit den Bürgermeistern redet, wenn ihr mit den kommunalen Spitzenverbänden redet, dann werden die euch sagen: Ja, wir sehen die Herausforderung des Ausbaus beim Ganzttag, wir sehen sie, wir machen es.

(Gabriele Triebel (GRÜNE): Zu langsam!)

Ich verbitte mir, dass Sie unseren Kommunen vorwerfen, dass sie den Ganzttag nicht ernst nehmen würden. Unsere Kommunen nehmen den Ganzttag ernst und auch das Recht auf den Ganzttag. Sie nehmen auch die Bedarfe ernst, die es in den Kommunen gibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Also redet nicht dauernd alles schlecht. Außerdem, Frau Kollegin Triebel, uns eine rückwärtsgewandte Frauenpolitik in Bayern zu unterstellen, das ist eine Unterstellung

unglaublicher Art. Ganz ehrlich, wir leisten alles, um Frauen wie Männern die Möglichkeit zu geben, Beruf und Familie zu vereinbaren und unseren Kindern die bestmögliche Betreuung im Ganztage zu bieten. Das tun wir, und ich wiederhole es hier noch einmal: Berlin wollte den Ganztage, wir machen den Ganztage in Bayern, und zwar mit Hand, Herz und Verstand!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Bravo! – Gabriele Triebel (GRÜNE): Dann los!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Gotthardt, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Wahrscheinlich zum Abrufen der Fördergelder, vermute ich.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Fischbach hat das Wort.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Kollege, ich könnte jetzt natürlich auch fünf Statistiken abfragen, aber das habe ich nicht vor. Ich muss aber auf ein paar Punkte eingehen, die Sie genannt haben.

Sie haben gesagt, es gab letztes Jahr Anhörungen, da hätte man Fragen stellen können. Erstens bin ich keiner, der sich mit Fragen zurückhält. Das wissen Sie als Ausschussvorsitzender ganz genau. Zweitens. Es geht doch darum, dass es damals keinen Zwischenstand gab, über den man diskutieren konnte. Jetzt geht es darum, dass wir ein Endprodukt dieses Fördersystems haben und Bayern dabei schlecht dasteht, sodass wir jetzt Erklärungen haben wollen. Sie haben gesagt, Sie arbeiten hier, während wir nur kritisieren. Wir würden auch gerne arbeiten, deshalb brauchen wir eine Arbeitsgrundlage, und das ist die Information, die wir mit diesem Berichtsantrag haben

wollen. Warum verweigern Sie uns und diesem Parlament diese gemeinsame Arbeitsgrundlage? Ich verstehe das nicht.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Weil die Frage, die Sie uns unentwegt stellen, wie weit der Ausbau des Ganztags in den einzelnen über 2.000 Kommunen ist, keine Frage ist, die Sie der Bayerischen Staatsregierung stellen müssen, sondern die Frage ist im Grunde jeder einzelnen Kommune zu stellen. Ich kann Ihnen sagen, dass wir alle, die wir hier sitzen, von den FREIEN WÄHLERN bis zur CSU, die allermeisten Kommunen in Bayern abdecken, weil jeder von uns irgendeinen Kollegen hat, der Bürgermeister in irgendeiner Gemeinde ist.

(Zurufe der Abgeordneten Gabriele Triebel (GRÜNE) und Matthias Fischbach (FDP))

Alle diese Bürgermeister sagen uns, dass sie entweder gerade eben bedarfsgerecht ausgebaut haben oder im letzten Jahr mit einer Landesförderung sehr gut ausgestattet worden sind und gebaut haben – das hatte die Kollegin Brendel-Fischer auch gesagt – oder aber auf die zweite Förderwelle mit 240 Millionen Euro warten, die jetzt kommt und die das Verfahren noch einmal deutlich vereinfacht. Das war der Punkt, über den die Bürgermeister gesagt haben: Vereinfacht es noch weiter! Ermöglicht uns Doppelnutzungen! Ermöglicht uns den Zubau jenseits des Schulgrundstücks! Ermöglicht uns auch kleine Sanierungen in den Schulgebäuden! – All das haben wir in dem neuen Landesförderprogramm möglich gemacht. Also, wir hören auf die Bürgerinnen und Bürger und die Bürgermeister und tun gemeinsam mit ihnen das, was sinnvoll ist für den Ganzttag in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER):
Bravo!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Oskar Atzinger für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Atzinger (AfD): Geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Tempus fugit – die Zeit verrinnt. Schon in gut drei Jahren gibt es auch in Bayern den Rechtsanspruch für die Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern; aber der Ausbau kommt anscheinend nicht recht in Gang. Ja, auch wir wollen wissen, warum der Ganztagsausbau in Bayern stockt. Warum werden staatliche Mittel in so geringem Maße abgerufen wie in sonst keinem anderen Bundesland? Ich halte die Möglichkeit zur Ganztagsbetreuung für ein geeignetes Mittel, damit wieder mehr deutsche Kinder in Deutschland geboren werden,

(Beifall bei der AfD – Margit Wild (SPD): Aufhören! Es reicht! – Zurufe von der SPD: Oh!)

und somit dienlich, der Umvolkung entgegenzuwirken.

(Beifall bei der AfD – Margit Wild (SPD): Entsetzlich!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Als Nächste hat die Kollegin Doris Rauscher für die SPD-Fraktion das Wort.

Doris Rauscher (SPD): Also nach diesem Redebeitrag muss man erst einmal tief durchatmen. – Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon vor ungefähr einem Monat hat die SPD-Landtagsfraktion genau zu diesem Thema den Dringlichkeitsantrag "Beschleunigungsprogramm Ganztagsbetreuung – woran hakt's?" eingebracht. Diese Frage wirft berechtigterweise auch die FDP auf. Sie fordert einen Bericht, warum der Ganztagsausbau in Bayern einfach nicht vorankommt.

Nein, Herr Gotthardt, Sie tun nicht alles für den Ganztagsausbau.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Doch!)

Sie tun nicht alles für die Familien.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Doch!)

Nein, das ist Fakt!

(Beifall bei der SPD)

Die Expertinnen und Experten und auch die Staatsregierung gehen davon aus, dass der Bedarf in den nächsten Jahren deutlich zunehmen wird, und zwar wird er etwa bei 80 % in Bayern liegen. Momentan stehen Plätze im Umfang von ungefähr 38 % zur Verfügung. Der Bedarf liegt jetzt aber schon bei ungefähr 50 % und steigt weiter. Junge Familien sagen jetzt schon – das sind Informationen aus Studien, die uns vorliegen –, Beruf und Familie sind für sie nur sehr schwer vereinbar, weil sie eben die Anschlussbetreuung in der Grundschulzeit, die sie für ihre Kinder bräuchten, nicht passgenau finden.

Fakt ist auch, dass die Gelder, die vom Bund über das Beschleunigungsprogramm Ganztagsausbau zur Verfügung gestellt wurden, wie schon gesagt wurde, nicht wirklich gut abgerufen wurden. Bayern ist dahin gehend tatsächlich Schlusslicht. Es ist klar, dass die Staatsregierung die Gelder nicht direkt abgerufen hätte – wir alle kennen die Systematik. Aber man hätte mit diesen Geldern wirklich sehr gute Dinge machen können. Man hätte Gebäude bauen können. Man hätte Möbel, Spiel- und Sportgeräte kaufen können. Es hätte saniert werden können. Allein die Vorstellung, was mit diesem Geld in Bayern hätte passieren können, ist einfach enorm. All das hat nicht stattgefunden.

Der Punkt, dem wir als SPD-Fraktion auf den Grund gehen wollen, dem sich auch die FDP-Fraktion anschließt, ist die Frage: Warum hat es denn nicht funktioniert? Dann hörten wir im Bildungsausschuss, ich glaube, es war Frau Brendel-Fischer, die einfache Aussage: Na ja, die Abfrage bei den Kommunen wäre viel zu aufwendig gewesen.

Ganz ehrlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Mühe muss ich mir doch machen! Es muss doch in Ihnen als Staatsregierung der politische Wille stecken, diesen Ausbau für die Kinder im Grundschulalter passgenau bis 2026 und darüber hinaus auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Wille fehlt Ihnen einfach. Deswegen muss Ihnen doch dieser Anspruch, zu berichten, zu schauen, zu beantworten, woran es hakt, also in die Analyse zu gehen, ein wirkliches Anliegen sein. Das vermisse ich bei denen, die im Moment hier politische Verantwortung tragen.

Ich habe die große Sorge, dass der Ganztagsausbau für die Grundschul Kinder nicht funktionieren wird. Ich verstehe auch nicht, warum in der Debatte im Bildungsausschuss von der Kollegin Brendel-Fischer die Äußerung kam, Bayern sei vielleicht nicht so auf die Fördergelder angewiesen wie andere Bundesländer. Manchmal nimmt man sie gern, manchmal ist man nicht auf sie angewiesen – Sie drehen sich das auch so hin, wie es Ihnen gerade recht ist.

Wir wollen Ihren politischen Willen sehen, ansonsten machen wir das künftig selber. Wir wollen ein ordentliches Konzept. Wir wollen eine ordentliche Kommunikation mit den Kommunen und vor allem Tempo. Drücken Sie auf die Tube! Gehen Sie in die Analyse, damit es künftig einfach besser läuft!

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der FDP-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der AfD, der SPD und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete

Busch. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Klingen und Sauter. Enthaltungen?

– Das ist der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.